Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 80 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 200. **Donnerstag** den 19. Juli 1883. **77. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Der **Abputz** des **Stadthauses** am Obstmarkte soll erneuert werden. Gewerber um diese Arbeit werden aufgefordert, ihre Offerten versiegelt und mit der Aufschrift „Abputz des Stadthauses" bis zum 2. August cr. bei unserem Bauamte, bei welchem auch die Bedingungen und Blanquets zu entnehmen sind, einzureichen.

Leipzig, am 13. Juli 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichenwald.

Bekanntmachung.

Die Herstellung macadamisirter Fahrstraßen in einem Theile der Kochstraße und der Straße II. des südlichen Bebauungsplanes soll einschließlich der erforderlichen Erdarbeiten an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, **Rathhaus**, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Macadamisirung der Koch- und II. Straße"
versehen ebendaselbst und zwar
bis zum 31. dieses Monats Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 17. Juli 1883.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.

Oeffentliche Sitzung der Handelskammer

Donnerstag, den 19. Juli 1883, Nachmittags 6 Uhr, in deren Sitzungssaale, Neumarkt 19, I.

Tagesordnung:

1. Registrande.
2. Bericht des Herrn **Schnorr** über die jüngsten Sitzungen des Königlich Sächsischen **Eisenbahn-Rathes** und des Königlich Preußischen **Bezirks-Eisenbahn-Rathes zu Erfurt.**
3. Berichte des Verkehrs-Ausschusses über a. die Zuschrift des Fabrikanten-Vereins zu **Meerane**, Beseitigung des **Sammelladungswesens** betreffend; b. die von der Handelskammer zu **Leer** behufs Anschlusses mitgetheilte Vorstellung, Abstempelung der **Postkarten** mit dem **Ankunftsstempel** betreffend; c. das von der Handelskammer zu **Breslau** mitgetheilte Gesuch, die **Versicherungsgebühr für internationale Werthsendungen** in **Rußland** betreffend; d. das **Eisenbahn-Project Geithain-Lausigk-Liebertwolkwitz-Leipzig.**
4. Berichte des Zoll- und Steuer-Ausschusses über die Ministerialvorlage, **Erhöhung des Zollschutzes für die Kunstgewerbe** betreffend.

Das Dienstmädchen **Ida Isolde Porthum** aus Waldheim hat angezeigt, daß ihr unterm 12. Januar 1882 zu Leipzig ausgestelltes Dienstbuch abhanden gekommen sei. Zur Verhütung von Mißbrauch dieses Buches wird dasselbe hiermit für ungültig erklärt.

Leipzig, den 14. Juli 1883.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
J. V.
Junck, Pol.-Rath. R.

Nichtamtlicher Theil.

Die Reise des Kaisers von Oesterreich.

Seit dem 1. Juli ist Kaiser Franz Josef auf einer Rundreise durch die Provinzen Steiermark und Krain begriffen, um durch sein persönliches Erscheinen zur Zeit des 600jährigen Jubiläums der Vereinigung beider Länder mit Oesterreich das Gefühl der Zusammengehörigkeit derselben mit der Gesammtmonarchie zu stärken und zu befestigen. Der Kaiser hat bei dieser Reise Erfahrungen gemacht, auf welche er kaum gefaßt gewesen sein dürfte, es sind dabei nationale Gegensätze zum Vorschein gekommen, welche die gegenwärtig in Oesterreich befolgte Politik in einem eigenthümlichen Lichte erscheinen lassen. Wo sich auch immer der Kaiser blicken ließ, da trat ein Wettstreit zwischen der slavischen und deutschen Bevölkerung hervor, einander in der Gunst des Kaisers den Rang abzulaufen, und, was besonders beachtenswerth ist, die Slaven, hier die Slovenen hielten es für ganz selbstverständlich, daß ihnen vor den Deutschen der Vorzug zukomme. Bisher war es üblich, daß die in Oesterreich lebenden Slaven bei allen Gelegenheiten, bei welchen das Gesammtstaatsinteresse in den Vordergrund trat, dem deutschen Element die Führung überließen, natürlich, weil ja das Herz von Oesterreich, die Staaten Nieder- und Oberösterreich mit Tirol durch und durch deutsch sind, weil das Haus Habsburg, wie schon der Name anzeigt, deutschen Ursprungs ist. So ist es von Alters her seit Jahrhunderten immer gewesen und jeder hat das als selbstverständlich angesehen, es war so, weil es nicht anders sein konnte. Die Slovenen hatten gleich den Czechen mehr eine ethnologische als eine politische Bedeutung, sie sprachen ihre Muttersprache, wenn sie unter sich waren, gleichwie die Wenden im Spreewald oder vom linken Elbufer in der preußischen Provinz Sachsen, aber darum galten doch vor allen Dingen Steiermark und kaum weniger Böhmen als deutsche Provinzen, dem ferner gelegenen Krain konnte in dieser Beziehung schon eher eine Concession gemacht werden, und wenn die Leute mit ihrem Slaventhum dort nicht allzu aufdringlich wurden, so konnte man sie in ihren nationalen Bestrebungen gewähren lassen, vorausgesetzt, daß die Gesammtstaatsinteressen von ihnen hochgehalten wurden.

Wie liegt die Sache aber heute? Die Slovenen in Steiermark und Krain haben auf die persönliche Anwesenheit des Kaisers von Oesterreich in ihrer Heimath nur gewartet, um den neben ihnen wohnenden Deutschen zu zeigen, daß hier die Slovenen eigentlich die Herren im Lande sind, und daß die Deutschen nur geduldet werden. Sie waren der Meinung, daß ihr Zivio in den Ohren des Kaisers ein weit willkommenerer Klang sei, als das deutsche „Hoch". Die Theilnehmer der Deputationen, welche den Kaiser bei seiner Ankunft empfingen, richteten ihre Ansprachen an ihn in slovenischer Sprache und mußten erst durch die deutsche Antwort des Kaisers daran erinnert werden, daß dieser wohl eigentlich so viel Rücksicht von seinen Landeskindern beanspruchen konnte, daß sie ihn in seiner Muttersprache begrüßten. Denn, daß diese Leute etwa nicht deutsch verständen, davon kann gar nicht die Rede sein, sie vermochten auf die Fragen, welche der Kaiser an sie richtete, stets in dem dort herrschenden deutschen Dialect zu antworten und nur einer oder der andere Stockslovene, wie z. B. jener Dorfschulze in Cilli, gab sich den Anschein, als ob er nur sein slovenisch verstehe. Aber nirgend auf der ganzen Reise trat der Gegensatz zwischen Slaven und Deutschen so schroff hervor, als in Laibach; hier kam es zu einer regelrechten Prügelei zwischen deutschen und slovenischen Turnern und die letzteren vergaßen sich in ihrer leidenschaftlichen Nationalitätsschwärmerei so weit, daß sie Feuer an den Festpavillon legten, in welchem sich die Deutschen befanden. Solche Vorkommnisse sind denn doch ernster Art und nöthigen zum Nachdenken, ob der Leiter der gegenwärtigen österreichischen oder vielmehr slavischen Politik wohl auch auf dem rechten Wege ist. Dem Kaiser scheinen in dieser Beziehung Zweifel aufgestiegen zu sein, denn er schärfte der Leiterin des Waisenhauses in Laibach eindringlich ein, daß die Kinder außer der Landessprache auch Deutsch lernen müßten, damit sie das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit den übrigen Bewohnern Oesterreichs nicht verlören. Durch diese Worte hat der Kaiser indirect anerkannt, daß als festes einigendes Bindemittel in Oesterreich nur das deutsche Element wirken könne. Es kann den außerhalb Krains wohnenden Oesterreichern nicht zugemuthet werden, daß sie den Slovenen Krains zu Gefallen slovenisch lernen, wohl aber kann und muß von den krainischen Slovenen erwartet werden, daß sie Deutsch lernen, abgesehen davon, daß sie nach Lage der Verhältnisse überhaupt gar nicht anders bestehen können, als wenn sie die Kenntniß der deutschen Sprache erwerben. Das angebliche Ziel der Politik des Grafen Taaffe ist die Versöhnung der in Oesterreich lebenden Nationalitäten, sonderbarer Weise ist aber nie zuvor so viel Streit und Uneinigkeit in den verschiedenen Provinzen zu Tage getreten als seit Einweihung der Versöhnungsära. Im Böhmen, wo Deutsche und Czechen bis vor zehn Jahren leidlich friedlich nebeneinander lebten und abgesehen von der sprichwörtlichen Dickköpfigkeit der czechischen Böhmen ganz gut mit einander auskamen, da hat der Uebermuth der Czechen allmälig Zustände geschaffen, die auf die Dauer immer unerträglicher werden und mit innerer Nothwendigkeit auf die Rückkehr zu den früher als richtig erkannten Grundsätzen hindrängen. Es genügt nicht, die Versöhnung im Munde zu führen, sie muß sich vor allen Dingen im öffentlichen Leben zeigen und das kann doch niemals gut thun, wenn die geistig und durch die geschichtliche Entwickelung zur Oberherrschaft berufene Nation plötzlich von der inferioren und weniger entwickelungsfähigen in den Hintergrund geschoben werden soll. Die Deutschen halten es meist unter ihrer Würde in diesen ungleichen Kampf überhaupt einzutreten, sie warten die unausbleiblichen Wirkungen der Zeit ab und suchen sich mit der Gegenwart so weit es irgend angeht abzufinden, denn das wissen sie und davon sind sie durchdrungen, daß die gegenwärtigen Zustände auf die Dauer nicht bestehen können.

Beim Empfang der steierischen Deputationen in Graz sprach es der Landeshauptmann der Steiermark, v. Kaiserfeld, offen aus, worin die Hauptterrainschaften der 600jährigen Vergangenheit des Landes bestehen; es ist die Einheit des Reichs in der Armee, in der Gesetzgebung und der Verwaltung, es ist ferner die Verfassung und das Staatsgrundgesetz. Und die Aufrechthaltung dieser Errungenschaften ist undenkbar ohne die Führung des Ganzen durch die deutsche Nation. Das Commando in der Armee war und ist deutsch und muß deutsch bleiben, wenn die Armee überhaupt fortbestehen soll, die Staatssprache muß die deutsche sein und bleiben, sonst ist die Verständigung der Centralbehörden mit den Landesbehörden nicht ferner möglich, das Gleiche ist erforderlich in der Gesetzgebung und Rechtsprechung und endlich ist ein Verfassungsleben in Oesterreich nur durchführbar, wenn die den Reichsrath bildenden Abgeordneten in deutscher Sprache mit einander verhandeln. Und weil das so ist und nicht anders sein kann, deshalb muß die deutsche Sprache in ganz Oesterreich obligatorischer Unterrichtsgegenstand in allen Schulen sein, in den höhern nicht minder, wie in den Volksschulen. Die Czechen mögen den Kaiser mit Slava, die Slovenen mit Ziviorufen begrüßen, verstehen müssen sie es auch, wenn die Deutschen statt dessen Hoch rufen und es muß ihnen auch zum Bewußtsein kommen und darin verbleiben, daß die habsburgische Dynastie eine deutsche Dynastie ist. Gerade in dieser Beziehung ist die persönliche Anwesenheit des Kaisers Franz Josef in Steiermark und Krain von großer Wichtigkeit, er hat sich jetzt einmal durch eigne Wahrnehmung von den Früchten überzeugen können, welche die Nationalitätenpolitik des Grafen Taaffe zeitigt. Heillose Verwirrung, Streit und Zerwürfniß zwischen den verschiedenen Nationalitäten, Entfremdung der Slaven vom Gesammtstaat, Zerfall des Ganzen in seine Bestandtheile, das allein sind die Folgen der unheilvollen Politik des Grafen Taaffe.

Ultramontanes aus Bayern.

In den Kreisen der ultramontanen Partei Bayerns geben sich seit einiger Zeit eigenthümliche Zeichen kund, die gerade nicht ein zweifelloses Zeugniß von ihrer Macht und dauernden Einflußnahme ablegen. Das gilt zumal von der ultramontanen Kammermehrheit, die durch innere Meinungsunterschiede sich immer mehr zerbröckelt und dadurch ihre Fühlung nach außen hin zu verlieren beginnt. Wenigstens ist gerade in letzterer Beziehung in München ein bemerkenswerther Umschwung wahrzunehmen.

Dort beabsichtigen mehrere politische Vereine, die bisher mit den Ultramontanen gingen, sich von diesen zu trennen. Den Anfang will in München der St. Stephan-Verein machen, der mehrere Hundert Mitglieder zählt, die bisher für den Ultramontanismus sehr thätig eingetreten sind. Dieser Verein hat bereits eine öffentliche Generalversammlung ausgeschrieben, welche die völlige Trennung von den sogenannten altbayerischen Patrioten aussprechen und gleichzeitig einen neuen unabhängigen Verein bilden soll, dessen Haltung im Interesse des wirklichen Landeswohls als eine versöhnliche bezeichnet wird. Auch der politische St. Anna-Verein hat mit großer Stimmenmehrheit den Beschluß gefaßt, in ähnlicher Weise wie der erstgenannte Verein vorzugehen und zumal den fanatischen Agitationen der Landgeistlichkeit entgegenzuwirken, welche absichtlich das Volk nicht zur Ruhe und Besinnung kommen lassen will. In dieser Beziehung ist dem St. Anna-Verein gerade in letzterer Zeit eine Menge Klagen vom Lande zugegangen, in denen der Terrorismus gewisser Pfarrer und Capläne als völlig unerträglich geschildert wird. Und diese Klagen kommen, wohlbemerkt, von Landleuten, deren gut-katholische Gesinnung über jeden Zweifel erhaben ist.

Dieser Gesinnungswechsel unter den bisherigen Hilfstruppen des Ultramontanismus wird nicht allein in München, sondern im ganzen Lande sehr eifrig besprochen, wobei man Aeußerungen vernehmen kann, die klar beweisen, daß sich die Masse des bayerischen Volkes von dem wüsten Treiben der Klerikalen abzuwenden beginnt. Diesen ist selbstverständlich der Umschwung der Dinge zu ihren Ungunsten keineswegs unbekannt und so versuchen sie denn zu außerordentlichen Mitteln zu greifen, um ihre Agitation im Gange zu erhalten und die Lärmtrommel noch stärker als bisher zu rühren. So soll es bereits beschlossene Sache sein, vom 1. October ab ein neues katholisches Blatt, „im großen Stile" herauszugeben, dessen fanatische Haltung noch die des Sigl'schen Schimpfblattes übertreffen soll. Dieses neue publicistische Unternehmen der bayerischen Unversöhnlichen soll der Cultusreferent des Landtages, Dr. Rittler, angeregt haben, der seiner Zeit als Wallfahrerhäuptling zu Maria-Ek sein Unwesen trieb und auch sonst als ultramontaner Wanderredner hinter dem Bierkruge die Bauern aufsetzte. Zur Herausgabe des neuen Blattes soll mit der „Bayerischen Landeszeitung" eine Fusion stattgefunden haben, was zwar letztere noch leugnet, wiewohl sonst die Nachricht von Eingeweihten aufrecht erhalten wird. Es heißt auch, daß als Gründungscapital bereits 170,000 ℳ gezeichnet worden seien, was, wenn es sich bestätigt, unter den gegenwärtigen Verhältnissen der ultramontanen Partei, die in der Regel nicht gern ihre Casse öffnet, jedenfalls als eine große Opferwilligkeit aufzufassen wäre. Ueberdies soll sich auch das klerikale Münchener „Fremdenblatt", das über die Gründung der neuen Zeitung kaum sehr entzückt thun wird, noch im Laufe dieses Jahres bedeutend vergrößern. Wenn sich dies Alles bewahrheitet, so würde München mit dem Erscheinen des neuen Organs nicht weniger als vier ultramontane Tageszeitungen haben, die gegenseitig sich wohl kaum zu dem biblischen Sprache „Liebet einander" bekennen dürften. Aus diesen Preßverhältnissen geht am deutlichsten hervor, wie groß die Sonderinteressen und die Zerfahrenheit, welche unter den Ultramontanen der bayerischen Hauptstadt herrschen.

Das sind immerhin sehr bedeutsame Zeichen, zumal im Hinblicke auf die Lossagung der erwähnten Vereine, die sich nicht mehr für die klerikalen Agitationszwecke gebrauchen lassen wollen. Mit einem Worte, der Widerstand gegen die Regierung hat sich bedeutend vermindert; auch die königlichen Handschreiben, in denen den Ministern wiederholt die Zufriedenheit des Monarchen ausgedrückt worden, haben ihren Eindruck nicht verfehlt.

Herr v. Lutz hat vergeblich versucht, im Wege seiner Versöhnungspolitik zu wirken. Wiewohl eines Tages von seinen Gegnern in der Kammer zur Abdankung aufgefordert, hat er ihnen dennoch Zugeständnisse gemacht, aber schließlich konnte er es, trotz seines persönlichen Verkehrs mit den Erzbischöfen und dem Nuntius, nicht verhindern, daß die fanatischen Ultramontanen im Landtage seine Widersacher blieben. Als einstiger Culturkampfminister hat er nachgeben, wo er nur konnte, aber es half nichts, weil eben mit den Hetzvereinen im Lande und dem bayerischen Centrum kein versöhnliches Wort zu sprechen ist. Es ist geradezu unglaublich, zu welchen Mitteln diese Leute zu greifen gewagt. Gelegentlich der Nothstandsvorlagen für die Ueberschwemmten am Main und in der protestantischen Rheinpfalz sielen Scenen vor, die an die finstersten Zeiten des Mittelalters erinnerten. Leider ging aus diesem fanatischen Treiben nicht Herr v. Lutz als Sieger hervor, aber er hat dennoch eine würdige Haltung zu bewahren gewußt und sich kluger Weise entschlossen, den nun eingetretenen Ueberdruß des Volkes an der ganzen Agitation zu erwarten. Daß diese Erwartung eingetroffen, merkt man natürlich auch im gegnerischen Lager, weshalb man sich dort noch zu einer letzten Kraftanstrengung aufrafft, die aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen jedenfalls erfolglos sein wird. Bayern wird zweifellos auch fortan katholisch bleiben, aber es tritt in eine ruhigere Zeit, welche dem Volke Bedürfniß geworden ist. So ist also die naturgemäße Reaction im Anzuge, vor welcher, früher oder später, das fanatische Zelotenthum die Waffen strecken muß.

Leipzig, 19. Juli 1883.

* Zur Lage wird uns aus Berlin vom Dienstag geschrieben: Alles hat schließlich ein Ende, und so auch der Kampf zwischen der „Kreuzzeitung" und der „Germania", und so sehr die erstere sich auch sträubt es einzugestehen, es ist Thatsache, daß wie im Kampfe gegen die römische Curie Preußen, so jetzt gegenüber dem Centrumsblatte das Organ der Conservativen unterlegen ist. Denn die „Germania" hat, dem Beispiel des Vaticans folgend, sich consequent erwiesen, während die „Kreuzzeitung" nichts weiter für ihren öfteren Gesinnungswechsel für sich anzuführen weiß, als die Parole der Regierung, welche ihr in dem kirchenpolitischen Kampfe auch ferner maßgebend sein soll. Die „Kreuzzeitung" ist froh, daß der „Gedankenaustausch" zwischen ihr und der „Germania" zu Ende ist, und meint, daß irgend ein Nutzen aus dieser Polemik nicht erwachsen könne. Das glauben wir von der „Kreuzzeitung" auch nicht, da sie zu oft bewiesen hat, daß sie nichts gelernt und nichts vergessen hat, aber auch nichts lernen will. Das Blatt ist in seinem Radicalismus ebenso gefährlich wie die radicalsten Demokraten und in seinem blinden Haß gegen den gemäßigten Liberalismus haben sich unsere Hochtories und orthodoxen Lutheraner schon oft hinreißen lassen, den römischen Sendlingen die Hand zu bieten. Stets hat dieses Bündniß eine Demüthigung unseres Staates zur Folge gehabt, aber diese Lehre der Geschichte ist niemals beherzigt worden und eine Besserung kann nicht eher eintreten, als bis unsere Conservativen durch kräftige Mißtrauensvoten aus den Volkskreisen zur Einsicht geführt werden. Eine Partei, der nicht die Aufrechterhaltung der Staatsautorität über Alles geht, die immer wieder und wieder nur selbstsüchtigen Parteizwecken nachjagt, verdient nicht den Namen einer conservativen Partei, und so berechtigt und nothwendig die Existenz einer wirklich conservativen Partei ist, so wenig haben unsere Conservativen bisher durch ihr Auftreten und ihre Leistungen ihre Daseinsberechtigung erwiesen. Wir haben keinen Anlaß, uns in den Zwist dieser Conservativen mit den Klerikalen zu mischen und wir könnten eine Art Schadenfreude darüber empfinden, daß er so bald nach der gemeinschaftlichen Action ausgebrochen ist; aber das Interesse und die Wohlfahrt des Vaterlandes stehen uns dem gegenüber zu hoch und wir wissen genau, daß sich die jetzt Streitenden bei nächster Gelegenheit wieder die Hände reichen, wenn es nicht durch die Wähler verhindert wird. Es muß also Alles daran gesetzt werden, daß in deutschen Parlamenten so bald nicht wieder die Conservativen in einer Stärkezahl erscheinen, daß sie mit dem Centrum eine Mehrheit bilden, nur dann wird es besser werden, denn das Centrum wird noch lange nicht vom politischen Schauplatz verschwinden, im Gegentheil hat die Politik der letzten Jahre eher dazu beigetragen, den Anhang der Ultramontanen zu vergrößern, als ihn zu schwächen. — Herr von Schlözer sollte heute seine Abschiedsaudienz beim Papste haben, um morgen seinen Urlaub anzutreten. In jedem Falle wird Herr von Schlözer dem Reichskanzler in Kissingen seine Aufwartung machen. Wie verlautet, hat Fürst Bismarck den Eifer und die Bemühungen des preußischen Gesandten beim Vatican ausdrücklich anerkannt, ob er aber noch von der Zweckmäßigkeit einer Gesandtschaft bei der Curie überzeugt ist, bleibt mindestens zweifelhaft. Das ist jedenfalls dem Reichskanzler wie allen anderen Politikern klar geworden, daß die Wiederherstellung dieser Institution absolut nichts genützt hat. Fürst Bismarck hat durch diesen Schritt, wie durch viele andere, eben nur aller Welt seine versöhnliche Gesinnung und sein ernstliches Streben bekundet, den Wünschen unserer katholischen Mitbürger gerecht zu werden. Wenn aber von einem Erfolge überhaupt die Rede sein kann, so ist es höchstens der, daß abermals Jedermann erkannt hat, daß Nachgeben und Entgegenkommen der unsicherste und unrichtigste Weg ist, welcher im Kampfe mit Rom zu Resultaten führen kann. In Rom hat man bis zum letzten Augenblick der Hoffnung Raum gegeben, es werde auf Jacobini's Note noch eine Antwortnote eintreffen, es freut uns aufrichtig, daß sich wenigstens in dieser Hinsicht die päpstlichen Diplomaten getäuscht haben. Wenn das auch bei der „Kreuzzeitung" möglich ist, in unserem Auswärtigen Amte wird man niemals das Feingefühl für die Würde des Staates verlieren. Der „Urlaub" des Herrn von Schlözer dürfte auch jedenfalls von längerer Dauer sein, als es sonst üblich ist, und die Hoffnung der vaticanischen Herren, daß ihnen abermals neue „Garantien" durch weiteres Nachgeben von Seiten Berlins geboten würden, dürfte doch eine eitle sein. Vielleicht sind wir diesmal etwas fester, und dann dürften sich bis zum Herbst Se. Heiligkeit und seine Cardinäle vielleicht eines Besseren besinnen und das „non possumus" etwas einschränken."

* Die Frage der Wirksamkeit von Quarantaine-Maßregeln gegen die Cholera und andere Epidemien ist von so erheblicher sanitairer nicht nur, sondern auch wirthschaftlicher und commercieller Bedeutung, daß sie die öffentliche Meinung in Europa, auch wenn die gegenwärtig von Egypten aus drohende Gefahr glücklich vorübergehen sollte, voraussichtlich in zunehmendem Maße beschäftigen wird. Jede sachkundige Stimme, welche sich in dieser Frage erhebt, wird die allgemeinste Beachtung finden, und zumal das Urtheil einer so bedeutenden Autorität auf dem in Rede stehenden Gebiete, wie des Professors v. Pettenkofer, welcher die Frage in einem Münchener Blatte bespricht, darf darauf rechnen, von keiner Seite überhört zu werden. Um so mehr ist zu bedauern, daß dieses Urtheil völlig negativ ausfällt. Herr v. Pettenkofer kommt auf Grund der bisherigen Erfahrungen und seiner in Fachkreisen bekannten Anschauungen über die Verbreitungsweise der Cholera zu dem wenig tröstlichen Schlusse, daß Quarantaine, Sicherheitswachen und ähnliche Maßregeln nicht im Stande sind, die Ausbreitung der Epidemie und ihr Eindringen nach Europa zu verhüten, daß es dazu vielmehr einer ganz unausführbaren Hemmung und Einschränkung des gesammten Verkehrs zwischen Indien und Europa, bezw. den Küstenländern des Mittelmeeres bedürfen würde. Die Einschleppung des Krankheitsträgers habe nicht nothwendig und unmittelbar den Ausbruch der Epidemie zur Folge, vielmehr könne jener lange Zeit latent bleiben, bis das Eintreten günstiger Entwickelungsbedingungen die rapide Vermehrung der Krankheitspilze und damit den Ausbruch der Epidemie bewirke. Diese von Pettenkofer mit zahlreichen Erfahrungen belegte Thatsache ist allerdings geeignet, die durch Abschließung der Seuchenheerde erlangte Sicherheit als eine recht zweifelhafte erscheinen zu lassen, aber wir meinen doch, es hieße weit über das Ziel hinausschießen, wollte man daraus folgern, daß eine solche Abschließung und Quarantaine-Maßregel durchaus wirkungslos und überflüssig seien. Hat frühere Erfahrung bewiesen, daß solche Maßregeln keine unbedingte Sicherheit gewähren können, so kann doch der Beweis nicht erbracht werden, daß ohne ihre Anwendung die Ausbreitung der Epidemie nicht eine viel schnellere, allgemeinere und intensivere gewesen wäre, und können wir nun einmal den Ausbruch der Cholera dort nicht verhüten, wo ein „latenter" Krankheitskeim liegt, so können wir doch, nachdem er wirksam geworden ist und sich vermilliontacht hat, dem Verschleppen neuer Keime in nicht inficirte Orte wenigstens erschwerend entgegenwirken. Es wäre traurig, wenn wir dem Vordringen eines so furchtbaren Feindes mit fatalistischer Unthätigkeit zuschauen sollten, und gewiß ist das auch nicht die Meinung Pettenkofer's. Die Mittheilungen unseres bedeutenden Landsmannes müssen dazu dienen, die Gefahr in ihrer vollen Größe erkennen zu lassen und zu immer weiterer Vervollkommnung der Schutzmaßregeln zu drängen. Vor Allem aber werden daraus die auf die Sicherheit Europas bedachten Instanzen die Aufforderung entnehmen können, ihr Augenmerk mehr unmittelbar auf die indische Urheimath der Seuche zu richten und dem Uebel an der Quelle entgegenzutreten. Das scheint uns die praktische Folgerung aus dem bemerkenswerthen Gutachten zu sein, jedenfalls aber nicht etwa die Befürwortung einer so gleichgiltigen Haltung, wie man sie in England Handelsinteressen zu Liebe bisher angenommen hat.

* Das Beispiel Chinas, welches Panzer- und Torpedofahrzeuge in größerer Zahl auf deutschen Privatwerften bauen läßt, scheint auch bei europäischen Staaten Nachahmung zu finden. Wenigstens sieht in Bremen auf der Werft der dortigen Schiffbau-Gesellschaft ein für Rechnung der spanischen Regierung gebautes Torpedofahrzeug der Vollendung entgegen, dessen Auftraggeber insbesondere auch durch Schießversuche voraussichtlich in der Kieler Föhrde stattfinden wird, zu welchem Ende die Erlaubniß zum Passiren des Eidercanals für jenes Schiff bereits nachgesucht ist. Man wird annehmen können, daß die inländischen Schiffahrtsgesellschaften, welche bisher zum Theil noch im Auslande arbeiten ließen, auch ihrerseits im vollen Umfang der heimischen Industrie ihre Aufträge zuwenden werden.

* Die polnische Propaganda unterhält in der Provinz Posen eine ganze Anzahl von Schund- und Skandalblättern, deren einzige Aufgabe es eigentlich ist, die unteren Schichten stetig aufzuwiegeln und ihnen den Haß gegen das Deutsch-